

Heinz-Siegfried Strelow

Hannovers erster Oberpräsident

Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode organisierte 1867 die preußische Provinz Hannover.

Die Annexion des Königreiches Hannover durch Preußen im Jahr 1866 gehört zu den einschneidendsten Ereignissen im Kernland des heutigen Niedersachsens. Die Welfen waren vertrieben worden, und Preußen begann, nach einem Jahr Militärdiktatur 1867 die Verwaltung neu zu strukturieren. An die Spitze der neuen preußischen Provinz Hannover trat ein Oberpräsident. Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode war der erste, der dieses Amt bekleidete. Wer war dieser Politiker, für den Bismarck „zunächst Förderer und ‚Ziehvater‘, dann aber Kritiker und Intim-Gegner“¹ gewesen ist ?

Otto zu Stolberg-Wernigerode wurde am 30. Oktober 1837 in der oberhessischen Kleinstadt Gedern geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Duisburg studierte er in Göttingen und Heidelberg Rechtswissenschaft, Nationalökonomie und Geschichte. In der Neckarstadt schloss er sich dem Corps Saxoborussia an. Nach Abschluss des Studiums trat der junge Graf des Garde du Corps ein und legte im Februar 1860 sein Offiziers-examen ab. 1861 wurde er auf aktiven Militärdienst in der Kavallerie auf.

Am 22. August 1863 vermählte er sich mit der gleichaltrigen Prinzessin Anna zu Reuß (jüngere Linie), einer musischen und sensiblen Frau, deren Wesen sich erheblich von dem ihres Mannes unterschied. Aus der Ehe gingen vier Söhne und zwei Töchter hervor.



Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode

Das deutsche Schicksalsjahr 1866

1866 griff Preußen Österreich und seine verbündeten, aber auch neutrale Staaten innerhalb des Deutschen Bundes an. Während dieses deutsch-deutschen Bruderkriegs war Otto, seit 1858 Ehrenritter des Johanniterordens, für die Unterbringung von Verletzten in neu zu errichtenden Lazaretten zuständig. Die Versorgung der Verwundeten war bis zu jener Zeit kaum geregelt, und es war die für das Königreich Hannover schicksalsträchtige Schlacht von Langensalza, wo erstmals freiwillige Rotkreuzhelfer – Turner aus Gotha – zum Einsatz kamen. Otto erlebte diesen Krieg hautnah während eines Scharmützels im Zusammenhang mit der preußischen Beschießung der Feste Marienberg bei Würzburg. Der Stolberger Fürst bekleidete neben dem Amt des Kanzlers des Johanniterordens auch den Vorsitz des Zentralkomitees des deutschen und preußischen Roten Kreuzes.

¹ Konrad Breitenborn (Hg.): Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode. Dokumente, Wernigerode 1993, S. V

Oberpräsident von Hannover

Nach der Annexion des Königreiches Hannover stand das nun zur preußischen Provinz gewordene Land unter einer im Annexionsgesetz vom 20. September 1866 auf ein Jahr befristeten „königlichen Diktatur“, die von Generalgouverneur Vogel v. Falckenstein geleitet wurde. In diesem Zeitraum begann auch die Umwandlung des einst freien Königreiches in eine preußische Provinz. Beim ersten Schritt dazu, den am 12. Februar 1867 stattfindenden Wahlen zum ersten ordentlichen Norddeutschen Landtag, wurde klar, dass es in Hannover zwei annähernd gleichstarke politische Lager gab: die kleindeutsch und pro-preußisch orientierten Nationalliberalen und die großdeutsch-föderalistischen Anhänger der Welfenpartei. Aus beiden Lagern setzte sich auch die Delegation der Vertrauensmänner zusammen, die vom 30. Juli bis 3. August 1867 in Berlin die Gespräche mit der preußischen Regierung führten.²

Mit dem Näherrücken des 1. Oktober 1867, an dem dieses Diktaturjahr beendet werden sollte, wurde auch die Frage virulent, wer die Verwaltungsspitze der Provinz übernehmen kann. Der preußische Innenminister Friedrich Graf zu Eulenburg favorisierte den erzkonservativen ostelbischen Freiherrn v. Nordenflycht. Dieser genoss auch das Vertrauen des preußischen Königs Wilhelm I. Die Würfel schienen schon gefallen, da setzte Otto v. Bismarck „zum Entsetzen des ganzen preußischen Beamtenheeres“ den erst 30 Jahre alten Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode für dieses Amt durch.

Diese Entscheidung war ein kluger Schachzug Bismarcks. Ihm war bewusst, dass in weiten Teilen der hannoverschen Bevölkerung ein typisch altpreußischer Karrierebeamter als Oberpräsident die Feindseligkeit gegenüber der Annexionsmacht verstärkt und der welfischen deutsch-hannoverschen Bewegung Zulauf gebracht hätte. Aber auch einen preußenfreundlichen hannoverschen Nationalliberalen wagte der preußische Kanzler noch nicht zu installieren. Mit Otto zu Stolberg-Wernigerode hingegen konnte er einen Kandidaten präsentieren, der eine konservative Gesinnung aufwies und „als unabhängiger Standesherr durch Grundbesitz und auf ihm ruhende feudale Privilegien in Preußen und in Hannover sowohl dem Haus der Hohenzollern als auch den Welfen verbunden war.“³ Durch die dem Grafen gehörende Waldherrschaft Hohenstein im hannoverschen Südharz war er aufgrund der auf ihm ruhenden Virilstimme Mitglied des hannoverschen Provinziallandtags.

Graf Ottos Bereitschaft, das Amt eines Oberpräsidenten anzunehmen, löste im Hochadel zumeist Kopfschütteln aus. „Für einen regierenden Grafen war es durchaus nicht selbstverständlich, sich einer demokratischen Wahl zu unterziehen und sich in ihr dem Votum seiner Untertanen zu stellen Ebenso ungewöhnlich war es für einen Standesherrn, einen Beamtenposten anzunehmen – Tätigkeit in der Diplomatie schien in aristokratischen Kreisen angemessener –, und die hochadlige Verwandtschaft empfand denn auch das Oberpräsidentenamt als sozialen Abstieg.“⁴

Bismarck hatte dem Stolberger Grafen am 31. August 1867 das Angebot zur Übernahme der hannoverschen Provinzleitung unterbreitet. Dieser sagte nach zwei Tagen Bedenkzeit

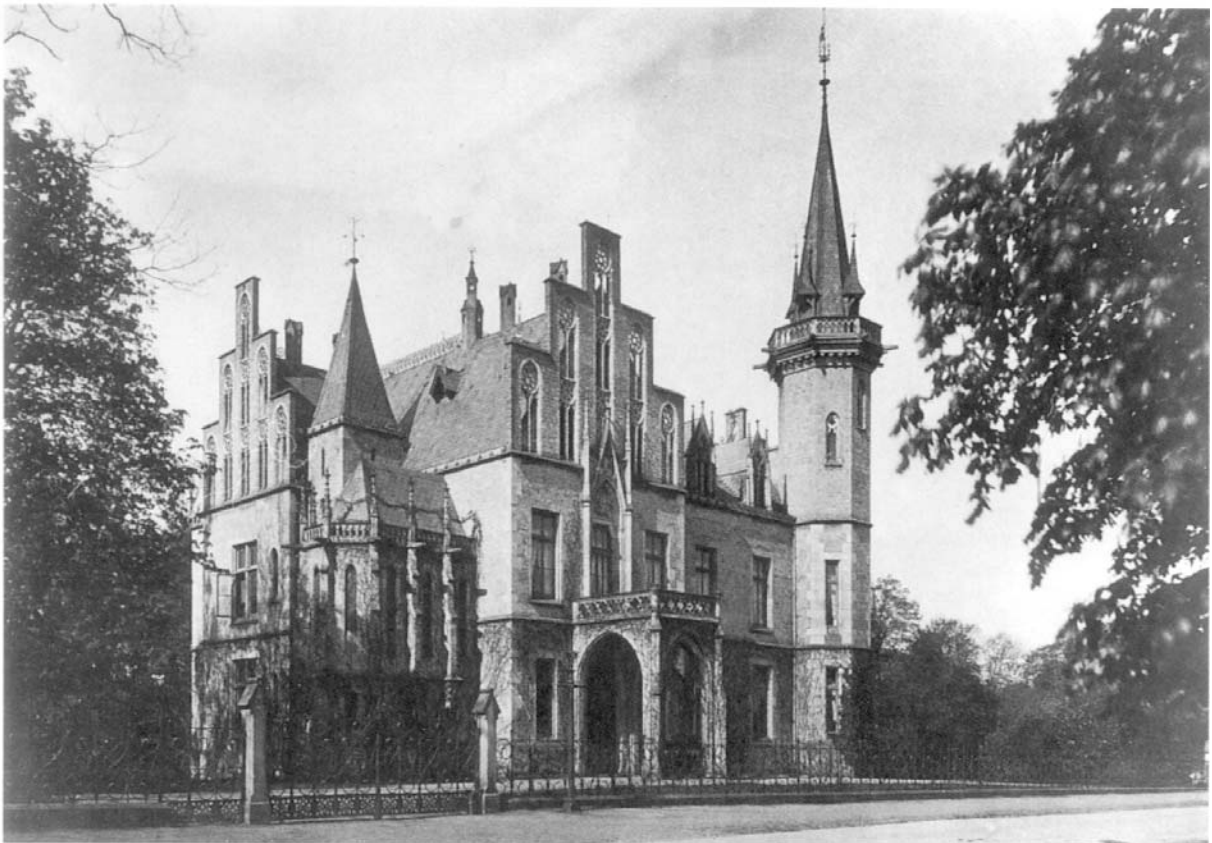
² Zu dieser Thematik s. den Beitrag von Heide Barmeyer-Hartlieb: Liberale Verwaltungsreform als Mittel zur Eingliederung Hannovers in Preußen 1866–1885, in: Rainer Sabelleck: Hannovers Übergang vom Königreich zur preußischen Provinz 1866, Hannover 1995, S. 132 ff.

³ Klaus Schwabe: Die preußischen Oberpräsidenten 1815–1945, Boppard 1985, S. 142

⁴ Klaus Schwabe, Die preußischen Oberpräsidenten, a.a.O.

zu, wurde am 5. September durch Kabinettsorder ernannt und trat am 17. September sein neues Amt in Hannover an.

v. Stolberg bezog zunächst im „British Hotel“ Quartier; nachdem im Januar 1868 seine Dienstwohnung im Leineschloß bezugsfertig war, siedelten er und seine Familie dorthin um. „Die Gesellschaft beschränkte sich wesentlich auf die Militair- und Beamtenkreise, da der auch in Hannover lebende Adel frondierte und ich ihn gar nicht in die Lage bringen wollte, mir absichtlich abzusagen“, so v. Stolberg in seinen Erinnerungen: „Die Räume im Schloß waren für die Repräsentation sehr geeignet, aber zum wohnen nicht bequem, und ich mietete daher für den Sommer zwei Mal die Villa Solms am Georgengarten, die sehr angenehm war.“⁵



Villa Solms

Bereits eine Woche nach seinem Amtsantritt konstituierte sich der neue hannoversche Provinziallandtag. Für v. Stolberg war klar, dass das Gros des hannoverschen Adels welfisch gesinnt war, er hier also mit keinerlei Unterstützung rechnen durfte. Einen taktischen Verbündeten fand er hingegen im Wortführer der hannoverschen Nationalliberalen, Rudolf v. Bennigsen. Dessen Antrag auf Bewilligung eines Provinzialfonds fand die Unterstützung des preußischen Oberpräsidenten, der ein grundsätzlicher Anhänger der Selbstverwaltung war.

⁵ Konrad Breitenborn: Die Lebenserinnerungen des Fürsten Otto zu Stolberg-Wernigerode, Wernigerode 1996, S. 83

Nachdem der Provinzialfonds, der der Provinz jährlich 500.000 Taler für eigene Belange aus dem Staatshaushalt garantierte, bewilligt war, übernahm v. Bennigsen das Amt des Landesdirektors. Gemeinsam mit ihm konnte der Freikonservative v. Stolberg in der Folgezeit sein Provinzialverwaltungsmodell durchsetzen.



Arbeitszimmer des Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode

Kampf gegen die welfische Bewegung

Auch wenn v. Stolberg ein Gegner der „Borussifizierung“ des Königreiches Hannover war, musste der Oberpräsident im März 1868 auf Veranlassung Bismarcks die Beschlagnahme des Besitzes von König Georg V. vornehmen. Mit dem aus diesen Geldern gespeisten „Reptilienfonds“ ließ Bismarck die „Beobachtung und Bekämpfung der Welfischen Agitationen“ finanzieren.

Vom preußischen Kanzler dazu ermuntert, pflegte der Oberpräsident auf subtile Weise den Einfluß der deutsch-hannoverschen Bewegung zu unterhöhlen. Er erhielt aus dem „Reptilienfonds“ Gelder zur Bildung eines „extra-ordinären geheimen Dispositionsfonds“, aus dem „Subventionen“ flossen, um auf bestimmte hannoversche Zeitungen Einfluß zu nehmen. Zu dieser diskret-verborgenen Politik gehörte auch v. Stolbergs Neigung, welfentreue Staatsdiener in altpreußische Gebiete versetzen zu lassen und sogenannte Volksbibliotheken zu gründen, in denen ein einseitiges Literaturangebot dazu dienen sollte, die lesende Bevölkerung in eine erwünschte politische Richtung zu lenken.

Dieselbe Handschrift war auch im Umgang mit der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers zu beobachten. Einerseits wandte sich der Oberpräsident gegen brachiale preußische Forderungen nach einer Zwangsvereinigung der Landeskirche mit der preußischen Union, andererseits nahm er Einfluß auf die Zusammensetzung des

Landeskonsistoriums, wohlwissend, dass gerade die ländlichen lutherischen Geistlichen eine der treuesten Stützen der Welfenbewegung waren.

Auf dem Zenit

Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 und die Gründung des deutschen Kaiserreiches führten zu einer weiteren Entspannung der Lage in Hannover: Man konnte sich nun als deutscher Patriot fühlen, ohne gleichzeitig ein Preuße sein zu müssen. „Im Laufe der folgenden Zeit gewann ich immer mehr das Gefühl, dass die mir zunächst gestellte Aufgabe in Hannover erfüllt sei und ich besser thun würde, mich wieder mehr meinen eignen Angelegenheiten zu widmen. Die Verwaltung war geregelt und die Gemüther in soweit beruhigt, als dies überhaupt unter ähnlichen Umständen zu erwarten war“, bilanziert der Graf, der 1873 das Amt des Oberpräsidenten aufgab.

Beim neu entstehenden Reich war Otto v. Stolberg Verfechter einer bundesstaatlichen Ordnung und Gegner des Aufgehens möglichst vieler Staaten in Preußen. Preußen sei zwar zur Begründung der Einheit berufen gewesen, müsse sich jetzt aber als Teil des Reiches begreifen und dürfe den anderen deutschen Ländern nicht seinen Stempel aufdrücken, so v. Stolberg.⁶ Zudem verwahrte er sich dagegen, mit dem ostelbischen Landadel oder den „mir immer sehr unsympathisch gewesenen spezifischen oder partikularistischen Preußen“ auf eine Stufe gestellt zu werden: „Die Geschichte meiner Familie wurzelt in den deutschen Reichsverhältnissen.“⁷

In den 1870er Jahren erreichte der Graf den Zenit seines politischen Wirkens. 1871 zog er für die freikonservative Deutsche Reichspartei in den Reichstag ein, in dem er bis 1878 ein Mandat hatte. 1872–77 präsierte er im Preußischen Herrenhaus, der ersten Kammer des preußischen Landtags. Auf Betreiben Bismarcks trat Otto im März 1876 das Amt des deutschen Botschafters in Wien an. Seinem diplomatischen Geschick war es zu verdanken, im Jahr 1879 Kaiser Wilhelm I. zum Zweibund mit Österreich-Ungarn zu bewegen. „Der Erfolg Stolbergs bei den Verhandlungen mit Österreich kann als das außenpolitische Gegenstück zu dem Ausgleich mit den annektierten Hannoveranern bezeichnet werden.“⁸ Ein Jahr zuvor war Otto zum stellvertretenden Reichskanzler und Vizepräsidenten des Preußischen Staatsministeriums berufen worden – er war der „zweite Mann“ im preußischen Machtgefüge geworden.

Doch kam es immer wieder zu Dissonanzen mit Bismarck. Vor allem in sozialpolitischen Fragen und im „Kulturkampf“ mit der katholischen Kirche lehnte er die Maßnahmen des „Eisernen Kanzlers“ oft ab. Julius Robert Bosse, damaliger Oberpräsidialrat, erinnerte sich daran, dass v. Stolberg während des „Kulturkampfes“ dafür gesorgt habe, dass in Hannover – wozu die traditionsreichen Hochstifte Hildesheim und Osnabrück gehörten – diese Phase „mit so wenig Eklat und so wenig Erbitterung vorübergegangen“⁹ sei wie in kaum einer anderen preußischen Provinz.

Entsprechend seinem sozialkonservativen Selbstverständnis als für seine Untertanen fürsorgender Landesvater widmete sich Graf Otto noch vor Bismarck der sozialen Frage. Als Mitglied des „Verbandes zur Verbesserung der ländlichen Arbeitsverhältnisse“ entwarf er für sein Land die Stolberger Sozialgesetzgebung, durch die in der Grafschaft

⁶ Konrad Breitenborn: Lebenserinnerungen, S. 180

⁷ Konrad Breitenborn (Hg.), Lebenserinnerungen, S. 88

⁸ Klaus Schwabe, Oberpräsidenten, S. 145

⁹ Robert Bosse: Fürst Otto zu Stolberg-Wernigerode, in: Deutsche Revue, 28,2 (1903), S. 140

eine 1873 begründete Arbeiterkrankenkasse, Pensionskasse und eine 1874 für die in Land- und Forstwirtschaft tätigen Arbeiter gegründete Unfallversicherung eingerichtet wurden. Mit solchen Maßnahmen hoffte er zugleich den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Arbeiter zu verringern. Den Sozialistengesetzen Bismarcks stimmte er deshalb nur widerwillig zu, weil er in ihnen die falsche Vorgehensweise sah.

So wie in der Sozialpolitik engagierte sich Otto auch auf dem wirtschaftlichen Sektor. Seine Grafschaft erfuhr unter seiner Regentschaft einen spürbaren Aufschwung – es entstanden etliche Zuckerfabriken und eine nach modernsten Kriterien produzierende Eisenhütte in Ilsenburg. Der Bau der Harzquer- und Brockenbahn erfuhr ebenso seine Förderung. Zugleich engagierte sich der Graf auf heimatkundlich-historischem Gebiet: Er vermehrte die Stolbergsche Familienbibliothek um 40.000 Bände, und unter seinem Protektorat gründete sich 1868 der Harzverein für Geschichte und Altertumskunde.

Sein eindrucksvollstes Denkmal setzte sich Graf Otto indes mit dem groß angelegten Um- und Ausbau des mittelalterlichen Wernigeröder Schlosses zu einer prachtvollen neugotischen Höhenburg. Der von dem Architekten Carl Frühling entworfene prunkvolle Bau sollte den Anspruch demonstrieren, Repräsentant eines reichsunmittelbaren Grafengeschlechtes zu sein.

Deutschlands letzte Fürsten-Inthronisation

Nicht nur mit Schloß Wernigerode setzte sich v. Stolberg ein Denkmal. Ihm gelang es auch, den Fürstentitel zu erwerben.

Aufgrund diverser Meinungsverschiedenheiten mit Bismarck hatte der Graf das Amt des Vizekanzlers am 20. Juni 1881 niedergelegt. Bismarcks Sturz ergab 1890 für Graf Otto die Gelegenheit, bei Kaiser Wilhelm II. um die Genehmigung zu ersuchen, einen alten Reichsfürstentitel annehmen zu dürfen, der 1742 von einem seiner Vorfahren bei Kaiser Karl VII angetragen, aber damals nicht verliehen wurde. v. Stolberg hatte Erfolg: Im Fürstendiplom genehmigte Kaiser Wilhelm II. die Führung dieses alten Reichsfürstentitels. „Die im Oktober 1890 schließlich erfolgte ‚Inthronisation‘ dürfte für die deutsche Adelsgeschichte im ausgehenden 19. Jahrhundert ein wohl recht singulärer Vorgang gewesen sein.“¹⁰

Am 19. November 1896 starb Otto Fürst zu Stolberg-Wernigerode auf seinem Schloß. Das Museum in Schloß Wernigerode erinnert auch an jenen Mann, der nach dem Ende des Königreiches Hannover als erster an der Spitze des ehemals unabhängigen Landes stand.¹¹

¹⁰ Konrad Breitenborn (Hg.), Dokumente, S. XII

¹¹ Hierzu s. v. a. den Ausstellungskatalog: Fürst Otto zu Stolberg-Wernigerode. Schlossherr, Diplomat, Politiker, Halle/Saale, 1996